



Niederschrift

14. Plenarsitzung des Gemeinderates
30. September 2025, 15:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus am Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

Punkt 23 der Tagesordnung: Belegung von Ladezonen digital erfassen – Missbrauch verhindern

Antrag: GRÜNE

Vorlage: 2025/0496

Punkt 23.1 der Tagesordnung: Pilotversuch zum Einsatz technischer Hilfsmittel bei der Überwachung von Ladezonen

Änderungsantrag: GRÜNE

Vorlage: 2025/0496/1

Beschluss:

Kenntnisnahme

Abstimmungsergebnis:

Keine Abstimmung

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 23 zur Behandlung auf und verweist auf die erfolgte Vorberatung im Haupt- und Finanzausschuss am 15. Juli 2025, verwiesen aus der Gemeinderatssitzung am 24. Juni 2025.

Stadtrat Klinghardt (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister und einen herzlichen Dank an die Verwaltung, dass jetzt auf diesen Änderungsantrag hin doch noch einmal die Bereitschaft aufgemacht wurde, dass man es jetzt in einem Pilotprojekt eben einfach ausprobiert, mit einem ganz kleinen Pilotprojekt, eben die Sensoren einzusetzen. Und wir sind jetzt, glaube ich, dann alle gespannt, ob die Sensoren tatsächlich die Arbeit des Ordnungsamts unterstützen können oder nicht. Denn dass Falschnutzung von Ladezonen ein großes Problem darstellt, ich glaube, da sind wir uns alle einig. Insbesondere dort, wo Ladezonen auf Radfahrstreifen liegen, entstehen aus den längeren Parkvorgängen gefährliche Situationen, bei denen der Radverkehr in den fließenden Kfz- oder auch in den Straßenbahnverkehr ausweichen muss. Und auch für die Lieferdienste und alle, die die Zonen korrekt zum Be- und Entladen nutzen wollen, sind die Falschparker ein Problem. Wenn wir also erfolgreich sind mit diesem Konzept, dann nehmen wir eine Vorreiterrolle ein und können da, glaube ich, dann stolz auf uns sein. Gerne werden wir uns dann mit konkreten Vorschlägen noch zur Prüfung für das Pilotprojekt melden, sowie das in der Vorlage vorgeschlagen wurde.

Stadtrat Kehrlé (CDU): Vielen Dank für den Antrag. Grundsätzlich ist die Idee sehr gut, ein weiterer Weg zur Smart City, digital erfasste Belegungen, aber wir werden diesen Antrag heute leider ablehnen müssen, auch aus haushaltstechnischer Sicht. 4.500 Euro für zwei Sensoren, Folgekosten sind noch nicht beziffert, Pilotprojekt, keine Ahnung, was an Kosten aufkommt. Auch wenn der Grundgedanke gut bis sehr gut ist, sehen wir nicht, dass die Stadt Karlsruhe es sich in den nächsten vier bis fünf Jahren leisten kann, geschweige denn flächendeckend. Von daher lehnen wir diesen Antrag heute ab.

Stadtrat Schnell (AfD): Dieser Antrag der GRÜNEN zeigt einmal mehr deren wahres Gesicht, Gängelung der Bürger und der Krieg gegen das Auto haben bei Ihnen nach wie vor oberste Priorität. Und auch die Stellungnahme der Stadt hinsichtlich der technischen und organisatorischen Schwierigkeiten der Umsetzung des Antrags wird von Ihnen nicht wirklich akzeptiert. Nein, Sie beantragen, jetzt soll partout ein Pilotversuch gestartet werden. Die AfD-Fraktion sagt Nein zu beiden Anträgen. Kein Schritt weiter in einen Überwachungsstaat Orwellscher Prägung, sofern es denn nur die Richtigen in den Augen der GRÜNEN trifft, denn der Straffreiheit des Schwarzfahrens zuzustimmen, da hatten Sie seinerzeit keine Skrupel.

Stadtrat Dr. Fechler (SPD): Entgegen meiner beiden Vorredner unterstützen wir vonseiten der SPD insbesondere den Pilotversuch. Es gehört zum Leben dazu, man soll Dinge ausprobieren. Also wir halten das auch in einer prekären Haushaltslage für ein kalkulierbares Risiko, für 4.500 Euro in Vorleistung zu gehen. Ja, wie sollen wir wissen, ob es funktioniert oder nicht funktioniert, ob es einen Mehrwert gibt oder nicht? Und von daher unterstützen wir diesen Antrag, so wie er auch jetzt im Rahmen des Pilotversuchs gestellt wurde.

Stadtrat Gaukel (Volt): Wie sensibel man auf neue Sensoren reagieren kann, auch wenn es 4.500 Euro für neun Sensoren sind, bis zu neun Sensoren für drei Ladeflächen, vielleicht da noch mal, damit wir auch den Rahmen haben, über was wir reden. Ja, es ist ein sehr emotionales Thema. Jetzt wird den Autofahrern auch noch verboten, auf Ladeflächen zu parken. Ach nein, das dürfen sie ja schon nicht, aber ja. Wo immer sonst geschrieben wird, wir sind doch eigentlich für Recht und Ordnung, es soll durchgezogen werden, an der Stelle ist es dann auf einmal nicht so wichtig. Dass wir die Diskussion heute führen in dem Rahmen, ist auch ein bisschen... Ja, das weiß ich nicht, ob das sein müsste.

Wir haben Probleme, dass da fremdgeparkt wird, ob es jetzt Sensoren braucht oder ob man es besser kontrollieren kann, die Diskussion hatten wir ja schon im Ausschuss diesbezüglich. Ja, ich glaube, wenn wir keinen Weg finden, dass wir da die Leute hinschicken, ist, glaube ich, so ein Pilotversuch, er kostet nicht viel. Wenn wir am Ende Parkverstöße machen, ist es auch wieder ein Thema, wie auch Blitzer, die sich am Ende auch tragen können, also dass vielleicht auch das geringe finanzielle Risiko, was am Ende sogar ein Gewinn sein kann. Und ja, gerade auch mit Blick auf die Zukunft, wir sind eine Digitalstadt. Da ist, glaube ich, eine Ausstattung von Sensoren, das auszuprobieren, da mal zu schauen, wenn es etwas bringt oder wir auch später wieder in einer besseren finanziellen Lage sind, das ist, glaube ich, sehr gut. Wenn wir das ausprobieren, und ich glaube es ist schon sehr gut, dass solche Sensoren, die da darauf sind, auch direkt schon mal eine abschreckende Wirkung haben. Von daher, vielleicht reicht es am Ende auch, dass wir ein paar Pappaufsteller machen, denn zumindest denken die Leute mal darüber nach, warum ist da denn was, weil auch Kameratrappen oder nur ein Schild, da ist Kameraüberwachung, ist bekanntlich auch

schon eine Hilfe. Also da auch, Prävention kann im Zweifel auch günstig helfen. Von daher, wir stimmen dem heute zu, und dann lasst uns doch einfach mal schauen, was da rauskommt.

Stadtrat Dr. Noé (FDP/FW): Ja, wir sind natürlich auch sonst für smarte Sensoren und smarte Stadt immer zu haben. In dem Fall sehen wir es aber eigentlich jetzt wirklich nicht als nötig an. Ich möchte nur noch mal kurz zusammenfassen, was ich auch im Hauptausschuss schon genannt habe zu der Thematik. Die smarten Sensoren machen bei Behinderertenparkplätzen Sinn, weil man eben sieht, es ist belegt. Wenn wir auf einer Ladezone da einen Sensor haben, der sagt, es ist belegt, dann ist immer noch nicht klar, ist es legal belegt oder ist es fehlbelegt. Und ich darf auch noch mal darauf verweisen, dass solche Ladezonen vor Gewerbebetrieben üblicherweise eingerichtet werden auf Antrag der Gewerbebetriebe. Und die Gewerbebetriebe, die gucken dann schon darauf. Ich habe nämlich mit meinem Nachbarunternehmen in Hagsfeld auch so eine Ladezone. Die habe ich selbst bezahlt. Und da gucke ich dann schon, wer darauf parkt und ziehe dann denjenigen Dauerparker an den Ohren. Und ich glaube, das klappt. Und dann brauchen wir auch keine Sensoren und brauchen in dem Fall jetzt auch keinen Pilotversuch.

Stadträtin Berghoff (Die Linke): Also wir finden die Idee relativ klug und perspektivisch auch ausweitbar, sodass sie eventuell auch Gewinne einfahren könnte, um das einmal an dieser Stelle zu sagen. Wir stimmen dem gerne zu, aber wenn man uns Nähe zu Diktaturen vorwirft, kann man uns ja auch problemlos Überwachungsphantasien vorwerfen.

Der Vorsitzende: Das ist jetzt die Frage, ob wir Orwell machen oder ob der Herr Noé kommt und den Leuten die Ohren langzieht. Ich möchte Sie alle enttäuschen, es wird keine Abstimmung geben, weil wir ja dem Antrag nachkommen aus einiger Kraft. Und wenn Sie das ändern wollen, müssen Sie halt einen Änderungsantrag bei den Haushaltsberatungen stellen oder wann immer Sie möchten, aber eigentlich ist der Antrag erledigt. Und damit brauchen wir nichts abzustimmen. Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, dass es um besondere Ladezonen geht, in denen wir ein besonderes Sicherheitsproblem haben. Und da, Herr Dr. Noé, sind Sie nicht nachts noch unterwegs, denn das ist das Problem oft auch, dass in den Abendstunden, wenn Sie schon längst, also Sie vielleicht nicht, aber die Geschäfte, die ich dort kenne, zugemacht haben, dann eben da als Dauerparker stehen. Und da, finde ich, müssen wir uns zwei Dinge angucken. Das eine ist: Führt schon die Montage der Sensoren dazu, dass das vielleicht weniger passiert? Und das Zweite ist: Können wir aus dem Ablesen der Sensoren zumindest einmal eine Motivation ableiten, dass man einmal im Rahmen einer sowieso Verkehrskontrolle auch da vorbeischaute, mal schaut, wer ist das denn. Und dann guckt man eine Stunde später noch einmal oder wann immer das der Zeitpunkt ist, wo man dann feststellt, das hat mit Laden nichts mehr zu tun. Und da können einem die Sensoren schon einmal helfen, ob es sich lohnt, überhaupt vorbeizugehen oder nicht. Und das beobachten wir jetzt, und dann sehen wir, ob das etwas bringt. Und dann können wir uns immer noch auf den Weg zum Orwellschen Staat überlegen, wie viele von den Sensoren wir noch anbringen. Eine Kamera, das würde ich mir dann als Vorwurf noch gefallen lassen, aber so ein Sensor, Leute, echt, okay. Also damit ist der TOP 23 und 23.1 erledigt.

Stadtrat Dr. Noé (FDP/FW): Kurze Nachfrage: Dem Protokoll habe ich entnommen, es sollten die Brennpunkte identifiziert werden. Ich glaube, ich habe es zumindest in der Vorlage

nicht gefunden. Wo das ist, müssen wir jetzt auch nicht ausführen, aber vielleicht kann man uns noch mal, den Fraktionen, zukommen lassen, wo das angedacht ist.

Der Vorsitzende: Sie wollen da mal gucken, wie es ist?

Stadtrat Dr. Noé (FDP/FW): Vielleicht kriege ich auch einen Sensor, ja.

Der Vorsitzende: Also ich kann mich erinnern, dass zum Beispiel die Kapellenstraße genannt wurde. Ich kann mir auch die Karlstraße vorstellen. Da gibt es vor dem EDEKA auch solche Ladezonen, wo ich mit dem Rad dann immer ausweichen muss zwischen die Schienen. Das ist echt ätzend, vor allem auch dann, wenn es nass ist. Und ich kann nicht immer erkennen, dass da gerade ein aktiver Lade- oder Entladevorgang stattfindet. Aber wir können es sicherlich mitteilen, denn wir sind ja froh, wenn es viele wissen, damit Sie dann nicht auch dort stehen und das präventiv wirkt, das wäre gut. Auch wenn dann die Refinanzierung nicht klappt, aber mir ist an der Stelle die Sicherheit wichtiger.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
15. Oktober 2025